

## GASTWIRTSCHAFT

Vertrauen  
stärkenFinanzpolitik muss junge  
Menschen mitnehmen

Von Pippa Kolmer

**B**ei der Bundestagswahl 2025 haben die 18- bis 24-jährigen deutlich anders gewählt als bei der vorherigen Wahl. FDP und Grüne? Nicht mehr die Favoriten. AfD und die Linke? Auf einmal vorn. Ein deutliches Signal:

Das Vertrauen junger Menschen in die Parteien der demokratischen Mitte bröckelt. Die Ränder gewinnen – auf beiden Seiten. In gleich fünf Bundesländern wird 2026 eine neue Landesregierung gewählt. Höchste Zeit, das Vertrauen junger Menschen in die Politik und unsere Demokratie wieder zurückzugewinnen.

Bei vielen jungen Menschen ist in der Rentendebatte vor allem eines hängen geblieben: Die Rente ist unsicher. Nach vielen krisengeprägten Jahren mit Pandemie, Krieg, Inflation und zuletzt auch der Debatte um die Wehrpflicht, verstärkt diese Wahrnehmung aufgestauten Frustration und Enttäuschung.

Die junge Generation ist besonders von der jahrelang fehl-

geleiteten Investitionspolitik betroffen. Sie muss mit den Folgen von kaputter Infrastruktur und fehlendem Klimaschutz nicht nur länger leben, sondern spürt die Auswirkungen auch stärker im Alltag. Junge Menschen fahren zum Beispiel öfter mit Bus und Bahn und erleben dort täglich Verspätungen. Umso größer der Frust, wenn gleichzeitig das Deutschlandticket teurer wird. Auch in Schulen und Universitäten zeigt sich der Investitionsstau: mangelnde Digitalisierung, marode Gebäude, sanierte Bedürftige Toiletten. Dieser Alltag prägt die Erfahrung, dass etwas nicht funktioniert.

Die finanzpolitische Wende des letzten Jahres mitsamt Sondervermögen stellt die richtigen Weichen. Jetzt kommt es darauf an, dass die Interessen der jungen Generation bei den großen Reformvorhaben nicht aus dem Blick geraten. Eine zukunftsfähige Finanzpolitik ist kein Selbstzweck. Sie ist eine notwendige Voraussetzung, um das Vertrauen junger Menschen in Politik und Demokratie zu stärken.

Junge Menschen müssen den Staat wieder als handlungsfähig wahrnehmen. Dazu ist es auch wichtig, dass sie merken, dass ihnen zugehört wird und dass sie ernst genommen werden. Hierfür braucht es Räume, wo Dialog auf Augenhöhe stattfindet und Politik erklärt wird, um gegenseitiges Verständnis zu schaffen.

Nur so wird aus der Gen Z wieder eine Generation mit Zuversicht, Frustration und Enttäuschung.

Die Autorin arbeitet als Politologin bei der NGO Fiscal Future.

## Wenige nutzen Bildungsurklaub

In Deutschland herrscht großer Nachholbedarf beim Thema Weiterbildung

**N**ur wenige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland nehmen Bildungsurklaub, etwa zur beruflichen oder politischen Weiterbildung. Das geht aus einer Umfrage der Deutschen Presseagentur unter den zuständigen Ministerien und Verwaltungen in den 16 Bundesländern hervor. Demnach liegt die Quote der Menschen, die Bildungsurklaub in Anspruch nehmen, in manchen Bundesländern unter einem Prozent der Anspruchsberichtigten, in anderen nur knapp darüber.

Bildungsurklaub wird in 14 von 16 Bundesländern gewährt, in Sachsen ist eine Einführung geplant. Nur in Bayern gibt es weder Bildungsurklaub noch Pläne für eine Einführung. Der Anspruch beläuft sich meist auf fünf Tage pro Jahr; in einigen Ländern können die Ansprüche aus zwei Jahren zusammengelegt werden.

In der Zeit des Bildungsurklaubs wird der Lohn für gewöhnlich weiter gezahlt – was in der Wirtschaft immer wieder für Kritik sorgt. In vielen Bundesländern gibt es Regelungen, damit nicht zu viele Arbeitnehmer aus einem Unternehmen innerhalb desselben Jahres Bildungsurklaub nehmen können.

Die Quellenlage zur Teilnahme ist schwierig, weil nicht in allen



Einmal tief durchatmen und einen Yoga-Kurs besuchen – auch so kann Bildungsurklaub aussehen. VON DITFURTH/DPA

Landern gleichermaßen Zahlen erhoben werden. Aufschlussreich sind unter anderem die Werte aus Niedersachsen und Hessen: In Niedersachsen nahmen im Jahr 2023 1,45 Prozent der Anspruchsberichtigten Bildungsurklaub, wie das Wissenschaftsministerium mitteilte – ein im Ländervergleich hoher Wert.

In Hessen lag die Quote dagegen bei nur 0,68 Prozent. Einen ähnlichen Wert meldete das Land Schleswig-Holstein mit einer Quote von 0,63 Prozent im Jahr 2024. In Niedersachsen und Hessen sind Beamte nicht ein-

gerechnet, in Schleswig-Holstein haben sie aber Anspruch auf Bildungsurklaub. In Rheinland-Pfalz nutzten in den Jahren 2023 und 2024 zusammen 1,8 Prozent das Angebot (inklusive Beamte). In Sachsen-Anhalt waren es in den Jahren 2020 bis 2023 1,7 Prozent (keine Beamte) – etwas mehr als im Zeitraum 2016 bis 2019 (1,44 Prozent).

„Obwohl es den Bildungsurklaub bereits seit den 1970er Jahren gibt, fristet er bis heute eher ein Nischendasein“, sagt der Arbeitsmarktexperte Ulf Rinne vom Institut zur Zukunft der Arbeit. Auch darüber hinaus sei

Deutschland beim Thema Weiterbildung im internationalen Vergleich im Rückstand. „In anderen Ländern nehmen teils deutlich mehr Menschen an Weiterbildungsmaßnahmen teil“, sagt Rinne. Die Weiterbildungsbeteiligung sei in Deutschland sogar tendenziell rückläufig.

„Ein Teil des Problems dürfte darin liegen, dass die deutsche

Weiterbildungslandschaft

durch eine Vielzahl konkurrierender Angebote und Förderinstrumente geprägt ist“, meint der Experte. Die Folge seien fehlende Transparenz und eine unübersichtliche Informationslage – eine der größten Hürden sowohl für Beschäftigte als auch für Unternehmen. Unstrittig sei aber, dass der Weiterbildungsbeford hoch sei und weiter zunehme.

„Besonders schwer über Weiterbildung zu erreichen, sind zwei Gruppen: ältere Beschäftigte und Geringqualifizierte“, sagt Rinne. „Langfristig braucht Deutschland eine deutlich gestärkte Weiterbildungskultur. Weiterbildung sollte selbstverständlicher Bestandteil einer ‚normalen‘ Erwerbsbiografie werden, und die regelmäßige Teilnahme an berufsbezogenen Bildungsaktivitäten müsste somit zum Regelfall werden.“

FABIAN NITSCHMANN, DPA

ANZEIGE

## Das ePaper der Frankfurter Rundschau

Für Print-Abonnent:innen und Neukund:innen

2 Monate  
gratis  
danach  
7,20 € mtl.

### ePaper-Upgrade

- Exklusiv für Print-Abonnent:innen
- Voller Zugriff auf die FR und die App „FR+“
- Mo.– Sa. bereits am Vorabend die Ausgabe von morgen lesen
- Mobile Ansicht ist absolut identisch mit der Printausgabe

Jetzt bestellen:

[fr.de/upgrade](http://fr.de/upgrade) 069 21993000

### Video Tutorial:

Jetzt Videos ansehen und unser ePaper kennenlernen unter  
[fr.de/tutorial](http://fr.de/tutorial)

FrankfurterRundschau